

Reflektionen zu Gender und politischer Partizipation in Asien: Einleitung

Fleschenberg, Andrea; Derichs, Claudia

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fleschenberg, A., & Derichs, C. (2013). Reflektionen zu Gender und politischer Partizipation in Asien: Einleitung. *Femina Politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 22(2), 9-16. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-447181>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

SCHWERPUNKT

Reflexionen zu Gender und Politischer Partizipation in Asien

Einleitung

ANDREA FLESCHENBERG. CLAUDIA DERICHS

Die Annäherung an eine so heterogene Region wie Asien unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten in einem einzelnen Schwerpunktheft zu versuchen, erscheint ein gewagtes Unterfangen. Wie in anderen Regionen des Globalen Südens und Nordens spiegeln sich auch in Asien grundlegende Herausforderungen der politischen Repräsentation und Partizipation von Frauen sowie kontrovers diskutierte Gender Mainstreaming-Initiativen auf zivilgesellschaftlichen, subnationalen und nationalen Ebenen. Oftmals sind die Diskurse und Praxen in der deutschen politikwissenschaftlichen Forschungslandschaft nicht präsent bzw. bekannt und finden daher selten Eingang in feministische politikwissenschaftliche Studien ohne spezifischen Regionalfokus.

Die Region weist neben einigen historisch bahnbrechenden politischen Ereignissen ein interessantes und vielfältiges „Laboratorium“ geschlechterpolitischer Bestrebungen und Kontroversen auf. Wir möchten uns dem Nexus von Gender und Politik mittels zweier Zugänge nähern: Wir richten den Blick auf formelle wie auch auf informelle politische Partizipationserfahrungen und deren Ergebnisse bzw. Folgen. Die Bilanz der in zahlreichen Ländern eingeführten Quotenregelungen – sei es in Form von freiwilligen oder obligatorischen Listenvorgaben oder reservierten Sitzen für nationale oder subnationale Wahlen – führt seit einiger Zeit zu einer verstärkten Diskussion und Analyse der Effektivität dieser Maßnahmen, weg von Fragen der Repräsentativität hin zur Qualität der Partizipation. Besondere Beachtung finden dabei Faktoren wie Religion, Stärke der Frauenbewegung und femokratischer Unterstützernetzwerke, sozialstrukturelle Einflüsse sowie externe Interventionsinitiativen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit oder von Staats- und Institutionenbildungsprozessen. Eine zentrale Forschungsfrage ist dabei, ob die Repräsentations- und Partizipationsforderungen zu einem effektiven politischen Mainstreaming von Frauen und einem Aufbrechen der traditionell androzentrischen Strukturen und institutionellen Kulturen führten. Welche Gestaltungsmöglichkeiten zur politischen Agendasetzung und welche politische Performanz kennzeichnen diese Akteurinnen?

Ergaben sich daraus Partizipationsdividenden für andere öffentliche Räume und/oder eine Gleichstellungsdividende durch erfolgreiche Gesetzesvorhaben und Policies? Möglich ist aber auch, dass sich durch Quotenregelungen Ungleichheitsstrukturen reproduzieren, die geschlechterdemokratischen Egalitätsprinzipien zuwiderlaufen, bspw. durch ein „elite hijacking“ grundsätzlich demokratischer Verfahren, der Dominanz von politischen Dynastien oder einer konstanten Abhängigkeit der gewählten/ernannten Mandatsträgerinnen von männlich dominierten Unterstützungsnetzwerken und Strukturen.

Während in einer Reihe von asiatischen Ländern Aktivistinnen mehr oder weniger erfolgreich und nachhaltig den Sprung in politische Institutionen wagten, sehen sich andere noch vor der Aufgabe, Lobby- und Advocacy-Netzwerke in politischen Institutionen zu verankern und in politischen Aushandlungsprozessen Einfluss geltend zu machen. Des Weiteren finden wir in einer Vielzahl von Ländern politisch und strukturell heterogene bis fragmentierte Frauenbewegung(en) vor, die über divergierende politische Agenden, zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume, (trans-)nationale Netzwerke und Unterstützungsstrukturen verfügen. Dies wirft die Frage auf, wie effektiv Frauenorganisationen und -netzwerke Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen oder Initiativen in formalen politischen Institutionen anstoßen können.

Die hier präsentierten Beiträge befassen sich im Kern mit der Frage, wie sich die politische Teilhabe von Frauen – eingedenk all ihrer gegebenen Diversität (bspw. im Hinblick auf Alter, Ethnizität, sozioökonomischen Status) – in politischen Diskursen, Entscheidungs- und Policy-Arenen gestaltet, die bisher in weiten Teilen von patriarchal bis misogynen Zügen sowie vergleichsweise geringen Repräsentationstiefen¹ auf diversen Ebenen und in verschiedenen Arenen des jeweiligen politischen Systems gekennzeichnet waren (und sind).

An dieser Stelle wollen wir einige Grundfragen und zentrale Aspekte zu den thematischen und systematischen Zugängen und Herausforderungen reflektieren und eine skizzenhafte regionale empirische Bestandsaufnahme vornehmen, bevor die einzelnen Beiträge fallstudienpezifisch Detailfragen analysieren und diskutieren.

Die meisten süd- und südostasiatischen Länder unterscheiden sich stark im Hinblick auf ihre politischen Systeme, normativen Ordnungen und politischen Kulturen, aber sie teilen auch signifikante Gemeinsamkeiten. Zu Letzteren gehören koloniale Hinterlassenschaften, hochgradig heterogene, patriarchale und sozial stratifizierte Gesellschaften sowie häufig rezente Erfahrungen mit mehr oder weniger erfolgreichen Demokratisierungsversuchen. Einige dieser Länder sind gezeichnet durch interne bzw. transnational-regionale Konflikte (hier bspw. Pakistan und Indien) sowie Postkonflikterfahrungen (Indonesien). Neben dem formalen Institutionengefüge wirken sich auch diese Kontextfaktoren auf die Handlungsspielräume und die Repräsentations- und Partizipationspotenziale bestimmter politischer Akteure, insbesondere Politikerinnen und Aktivistinnen, aus. Darüber hinaus finden wir in fast allen Ländern der Region, die einen mittleren bis niedrigen Rang im internationalen Ranking

zur menschlichen Entwicklung (HDI) aufweisen, bedeutende geschlechterpolitische Interventionen im Rahmen bilateraler und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit oder von Postkonfliktprozessen, welche auf komplexe lokale, transnationale und internationale Akteurskonstellationen treffen. Die politische Teilhabe von Frauen und der Aufbau von *women's machineries* sind dabei zentrale Aufgabenbereiche. Ihre Bewältigung gilt als Indikator für den Erfolg oder Misserfolg ihrer Politikberatung und Intervention.

Parlamentarierinnen, Wählerinnen und geschlechterpolitische Ambivalenzen

Parlamenten in asiatischen Staaten eilt häufig der Ruf voraus, sie dienen eher der Regimestabilisierung denn dem politischen Wettbewerb. Dem ist nicht immer so, wie Jürgen Rüland et al. (2005) zumindest für Südostasien analysieren konnten. Allerdings wurde diese Studie ohne besonderes Augenmerk auf die Geschlechterverteilung in den Legislativen durchgeführt. Daher gilt: Noch schwächer als der Einfluss der Parlamente selbst wird in aller Regel der Einfluss beurteilt, den weibliche Abgeordnete auf das parlamentarische Geschehen ausüben. Diese weit verbreitete Einschätzung sollte indes aus einer differenzierten Perspektive betrachtet werden. So fallen auf der empirischen Ebene schon gerade diejenigen Staaten ins Auge, deren Gesellschaften mehrheitlich muslimisch sind und die über gewählte parlamentarische Institutionen verfügen, wie Malaysia, Indonesien und Pakistan, d.h. wirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutende Staaten. Wie wir an anderer Stelle dargelegt haben (Derichs/Kindelberger/Holike 2011), lassen sich weit verbreitete Klischees über Parlamentarierinnen in diesen Ländern empirisch kaum bestätigen. Zusammengefasst betrifft dies folgende Aspekte:

- ▶ Es besteht allenfalls ein marginaler Zusammenhang zwischen „Islam“ als Religion/Lebensanschauung und der politischen bzw. parlamentarischen Repräsentation von Frauen in der „islamischen Welt“.²
- ▶ Dem politischen Islam bzw. islamistischen Gruppierungen kommt in Bezug auf die weibliche parlamentarische Repräsentation je nach Status der Gruppierungen (legal – illegal; Regierung – Opposition) eine hemmende oder fördernde Rolle zu. Parlamentarierinnen aus islamistischen Parteien sind noch relativ selten.³
- ▶ Die parlamentarische Repräsentation von Frauen erlaubt Rückschlüsse auf die herrschenden Geschlechterverhältnisse in der Gesamtgesellschaft, die allerdings extrem kontextabhängig sind und deshalb kaum generalisierbare Befunde generieren.⁴

In den vergangenen Jahren intensivierten sich Diskussionen über die Frage der Wirksamkeit von Maßnahmen des politischen Mainstreaming und der Qualität von Partizipation. Dies wird auch in den Beiträgen zu Singapur und Pakistan in die-

ser Ausgabe thematisiert. Wahlprozesse haben dabei eine wichtige Stellung, da sie oftmals von Ambivalenzen und prekären Transformationserfolgen zum Aufbrechen androzentrischer Politikstrukturen und Handlungsnetzwerke gekennzeichnet sind. Hinzu kommt die akademische und öffentliche Debatte zu geschlechterspezifischen Unterschieden in der politischen Agendasetzung und parlamentarischen Performanz von weiblichen Abgeordneten.

In dieser Ausgabe der *Femina Politica* nähern wir uns der Thematik über zwei sehr kontrastreiche Fallbeispiele: Singapur und Pakistan. Singapur ist ein semi-autoritärer, politisch stabiler, hoch industrialisierter und quasi-dynastisch regierter Stadtstaat. Pakistan ist wiederholten Zyklen autoritärer Repression ausgesetzt, konflikt-gezeichnet, soziopolitisch heterogen und fragmentiert, hoch verschuldet und wirtschaftlich geplagt. Es weist Anzeichen eines hybriden Demokratisierungsprozesses auf.

In ihrem Beitrag zu Singapur setzt sich Theresa Devasahayam kritisch mit der Frage der Relevanz von sogenannten frauenspezifischen Themen wie Familie, Gesundheit und Bildung als charakteristische Bereiche weiblicher parlamentarischer Arbeit auseinander. Dabei geht es ihr weniger um ein Nachzeichnen und Interpretieren potentieller patriarchaler Aushandlungsprozesse von Parlamentarierinnen, sondern darum, dass sich singapurische Parlamentarierinnen nicht mit einem Exklusivitätsanspruch gegenüber „Frauenthemen“ sehen und ein breit gefächertes politisches Portfolio anstreben und vertreten. Gründe dafür, so die Autorin, liegen weniger in der institutionell ausgeprägten androzentrischen Hegemonie, sondern in vorherrschenden geschlechts-neutralen meritokratischen Selbstzuschreibungen als auch spezifischen parteiinternen und fraktionspolitischen Anforderungen.

Im Unterschied dazu wählt Virginie Dutoya in ihrem Beitrag zur Bedeutung reservierter Sitze und deren Auswirkung auf politische Repräsentationspraxen im nationalen Parlament Pakistans einen anderen thematischen und theoretischen Zugang. Sie geht der Frage nach, ob die Einführung der Quotenregelung in 2002 zu einem *game changer* in der pakistanischen Politik wurde und inwiefern bislang als politisch peripher betrachtete Themen – wie frauenspezifische Belange und Gleichstellungsforderungen – durch die per Quote rekrutierten Parlamentarierinnen aufgegriffen und politisch wirksam vertreten werden. Dutoya argumentiert anhand empirischer Beispiele aus den Jahren 2008-2010, dass die spezifische Form der Besetzung reservierter Sitze für Frauen in Pakistan eine (klassische) Bindung zwischen Kandidatin und Wahlbezirk verhindert und dies entsprechende Auswirkungen auf die strategische Ausrichtung der Parlamentarierinnen hat.

Die Fallbeispiele zeigen die Bandbreite geschlechtsspezifischer Partizipation und die Ambivalenz von Wahlen auf, die von Teilerfolgen durch Quotenregelungen und gezielten Massnahmen der politischen Mobilisierung von Frauen gekennzeichnet sind, teilweise jedoch durch gezielte politische Gewalt sowie „elite capture“ und informelles Handeln in demokratischen Prozessen und Institutionen konterkariert werden.

Ministerinnen und Staats- und Regierungschefinnen

Oppositionsführerinnen wie auch Staats- und Regierungschefinnen (und Anwärterinnen auf diese Spitzenämter) sind ein zunehmend verbreitetes Phänomen in so unterschiedlichen Ländern wie Birma/Myanmar, Thailand, Pakistan, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Indien, Bangladesch oder Sri Lanka. Der regionale Trend nahm seinen Anfang mit Indira Gandhi und Sirimavo Bandaranaike in Indien und Sri Lanka. Er setzte sich Ende der 1980er Jahre im Kontext verschiedener süd- und südostasiatischer politischer Liberalisierungs-, Demokratisierungs- bzw. politischer Reformprozesse und -bewegungen fort. Die aktuellsten Fälle repräsentieren Thailand mit Premierministerin Yingluck Thaksin, Südkorea mit der Präsidentschaft von Park Geun-Hye, Afghanistan mit der geplanten Präsidentschaftswahlkampagne von Fauzia Kofi und Shukria Barakzai für 2014 sowie Birma mit der langjährigen Demokratieikone und heutigen Parlamentarierin und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi.

Interessanterweise gelangten alle Spitzenpolitikerinnen über mehr oder weniger freie und faire Wahlen in ihr Amt und übergaben dieses in friedlicher Art und Weise bzw. wurden wiedergewählt – ein nicht unbedingt weitverbreitetes Phänomen in der Region, welche von Re-Autokratisierungsprozessen, hybriden politischen Systemen, (teilweise erfolgreichen) Putschversuchen sowie massiven Protesten außerhalb der formalen politischen Institutionen (im Sinne von *contentious politics*) lange Zeit geprägt war und zum Teil noch ist.

Auch wenn Spitzenpolitikerinnen wie Aung San Suu Kyi oder Benazir Bhutto gewisse Qualitäten als Rollenvorbilder zugeschrieben werden, kam es nur selten zu einem Trickle-Down-Effekt im Hinblick auf geschlechterdemokratische Maßnahmen – sofern dies überhaupt angestrebt wurde. Ein Mainstreaming der politischen Teilhabe von Frauen außerhalb eines engen Elitenpools auf den verschiedenen Polity-Ebenen fand ebenso wenig statt. Die Übernahme politischer Spitzenämter durch Frauen resultierte nicht in einer systematischen Zunahme und dauerhaften Verankerung von deskriptiver und substantieller weiblicher Teilhabe auf subnationaler und nationaler Ebene. Trotz der umfangreichen und breit gefächerten öffentlichen Debatten zum Thema gibt es bisher wenige wissenschaftliche Untersuchungen zum Phänomen (dynastischer) weiblicher politischer Führung in Asien. Ein jüngst erschienener Band (Derichs/Thompson 2013) vermutet, dass die Zurückhaltung in der wissenschaftlichen Analyse weiblicher politischer Führung – gerade auch mit Blick auf fehlende feministische Studien – mehrerlei Gründe hat. Zum einen sind die Spitzenpolitikerinnen in Asien in aller Regel keine aktiven Feministinnen. Sie mobilisieren keinen Trickle-Down-Effekt von der Exekutive in die nationale oder subnationale Legislative. Auch scheinen Leadership-Studien zu individuellen Persönlichkeiten generell an Attraktivität für die Politikwissenschaft verloren zu haben, was die Zunahme an weiblichen Spitzenpolitikerinnen mit in den Bereich des Trivialen gerückt und weitgehend unbeachtet gelassen hat. In den Gender Studies scheint

das Interesse der Wissenschaft an Politikerinnen hauptsächlich auf der Policy-Ebene zu liegen, d.h. auf der politischen Repräsentation von Frauen generell und auf der Dominanz patriarchaler Ideologien statt auf der Häufigkeit von Frauen in höchsten Positionen. Und wenngleich Frauen an der Spitze der Politik in Asien kein neuartiges Phänomen darstellen, sondern eine lange Geschichte aufweisen, hat sich auch die historische Forschung wenig mit diesem Thema befasst. (Derichs/Thompson 2013: 11f.)

Neben dynastischen politischen Karrierepfaden gelangten Frauen auf unterschiedliche Art und Weise in Foren und Gremien der Politikformulierung und politischen Entscheidungsfindung, nämlich durch Quotenregelungen, zivilgesellschaftliches Engagement und als Karrierepolitikerinnen bspw. in Frauenflügeln und/oder kommunalen Vertretungen politischer Parteien. Politikerinnen in Südostasien waren in der Regel erfolgreicher als Kolleginnen in Südasien, was genauso für den Bereich Parlamentspolitik gilt. Spitzenpolitikerinnen wie Chandrika Kumaratunga (Sri Lanka), Khaleida Zia und Sheikh Hasina Wajed (Bangladesch) übernahmen neben ihrem Ministerpräsidentinnen- und Präsidentinnenamt zudem weitere Ministerialportfolios in Personalunion. Gleichzeitig kam es in den vergangenen Jahrzehnten zu wiederholten Forderungen nach progressiven Geschlechterpolitiken und politischer Gleichstellung, welche bislang weder die Legislativen noch die Exekutiven dieser Länder zu einem zentralen Ziel erhoben haben (vgl. Derichs/Thompson 2013; Fleischenberg 2011).

Internationale Intervention und geschlechterpolitische Instrumentarien

In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten wurden im Rahmen etwa der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der Afrikanischen Union oder der NATO eine Reihe von multilateralen internationalen Interventionen in unterschiedlichen Teilen der Welt angestrengt, die neben anderen Zielsetzungen auch eine geschlechterpolitische Agenda als Komponente von Staats- und Institutionenaufbau proklamierten, d.h. Gender-Komponenten in ihrem Interventionsinstrumentarium aufwiesen. In Asien zählen u.a. Afghanistan, Kambodscha, Osttimor (Timor-Leste) sowie Indonesien (Provinz Aceh) zu den Zielländern solcher Interventionen. Kernparadigmen waren und sind dabei sogenannte Good Governance-Kriterien wie auch die UN-Resolution 1325 zum Schutz und zur Teilhabe von Frauen in Konfliktregulierungs- und Friedensprozessen. Infolgedessen kam es zu neuen Verfassungsgebungen, dem Aufbau von *women's machineries*, der Einführung von neuen Wahl- und Quotenregelungen, der Abfassung von Anti-Diskriminierungsregularien sowie anderen institutionellen Wandlungsprozessen in den betroffenen Ländern. Beispielhaft untersucht Lourdes Veneracion-Rallonza in ihrem Beitrag zu den Philippinen die Herausforderungen der Normdiffusion von Vereinbarungen wie der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates in die nationale Gesetzgebung. Dies trifft eines der Kernprobleme internationaler Interventionen – abgesehen von anderen Aufgaben wie die Herstellung

von sozialer, gender-sensitiver Inklusivität auf den diversen Verhandlungs- und Implementierungsebenen oder transversaler, nachhaltiger Handlungsfähigkeit von Institutionen und darin operierenden Akteuren und Netzwerken, die Implementierung von Normen wie auch die Sanktionierung im Falle von Normverletzungen. Kristina Großmanns Analyse der Positionierung und Agendasetzung von Aktivistinnen in der indonesischen Provinz Aceh zeichnet diverse Herausforderungen nach, denen sich Frauen gegenüber sehen, um mit drastischen Veränderungen, Spaltungen und neuen Akteurskonstellationen im Postkonflikt- und politischen Transformationsprozess umgehen zu können. Großmann argumentiert, dass „muslimische Frauenrechtsaktivistinnen Visionen für ein neues Aceh entwickeln und sich in Aushandlungsprozessen zwischen Religiosität, öffentlichem Raum, dem Nationalstaat und internationalen Konventionen“ positionieren müssen.

Auch der aktuelle Fall Afghanistans verdeutlicht die Brisanz, die in Prozessen von Intervention und Rückzug liegt. Dort steht 2014 mit dem Abzug aller ausländischen Truppen ein Wendepunkt bevor, welcher umfangreiche geschlechterpolitische Konsequenzen nach sich ziehen könnte (ausführlicher dazu siehe die Studien von Fleischenberg 2012 und 2011).

Frauenaktivismus und postkoloniale Gouvernementalität

In jüngerer Zeit hat die postkoloniale Perspektive in der feministischen Politikwissenschaft zu Recht einen großen Raum eingenommen. Sie ist daher vor allem auch in einem Themenheft zu Asien – also einer Weltregion, die in hohem Maße von externen wie auch intra-asiatischer Kolonialherrschaft betroffen war – hervorzuheben. Aus aktuellem Anlass haben wir im Sinne der Integration dieser Perspektive einen Beitrag von Nikita Dhawan aufgenommen, der sich mit der Frage postkolonialer Gouvernementalität am Beispiel des indischen Vergewaltigungsfalls von Ende 2012 befasst. Dhawan stellt diesen Vorfall in den analytischen Kontext von Macht, Gewalt und sozialer Stratifikation. So fragt sie folgerichtig, ob die Vergewaltigung der jungen Inderin eine ebenso hohe globale mediale Aufmerksamkeit erregt hätte, wenn das Opfer aus einer marginalisierten gesellschaftlichen Gruppe gekommen oder statt einer Vergewaltigung „nur“ ein brutaler Angriff erfolgt wäre. Spiegeln, so Dhawan, die Proteste gegen die Tat und die mediale Berichterstattung eine Fetischisierung der penovaginalen Penetration wider? Anhand dieser Fragen analysiert sie, wie das Moment der Verletzbarkeit (Vulnerabilität) von Frauen taktisch eingesetzt und instrumentalisiert wird, um postkoloniales Regierungshandeln zu rechtfertigen.

Die meisten Autorinnen dieses Bandes arbeiten interkulturell, interdisziplinär und mit unterschiedlichen qualitativen methodischen und theoretischen Zugängen. Zudem war es uns wichtig, unterschiedliche, teilweise konvergierende, teilweise kontrastierende Studien und von Politikwissenschaftlerinnen aus Europa und Asien vorzustellen, um den LeserInnen Einblicke in die vielfältigen Debatten und Herangehensweisen zum Nexus von Gender und politischer Partizipation in Asien zu bie-

ten. Es liegt in der Natur der Sache, dass dies allenfalls exemplarisch und skizzenhaft erfolgen konnte.

Anmerkungen

- 1 Die Theoreme der deskriptiven und der substantiellen Repräsentation im Sinne von standing for und acting for wurden von Hanna F. Pitkin (1967) vorgestellt. Eine rein deskriptive Repräsentation bezeichnet das bloße „stehen für etwas oder jemanden“, also re-präsentieren im Wortsinne, während substantielle Repräsentation ein mit dem Re-präsentieren verbundenes, substanzielles Handeln impliziert (acting for).
- 2 Im überwiegend muslimischen Indonesien liegt der Frauenanteil im Parlament deutlich höher als im überwiegend buddhistischen Thailand; Analoges gilt für die proportionale Verteilung im muslimischen Bangladesch und im buddhistischen Sri Lanka (vgl. www.ipu.org).
- 3 Die Frauen der politischen Elite sind häufig Musliminnen, die sich im Verbund mit zivilgesellschaftlichen Organisationen explizit gegen jede islamistische Vereinnahmung wenden. Ob sich dies aufgrund der Entwicklungen im Zuge des Arabischen Frühlings auch im islamischen Asien zugunsten eines höheren Anteils islamistischer Parlamentarierinnen verändern wird, bleibt im Moment Spekulation.
- 4 Angehörigen der oberen Schichten und der politischen Elite genießen in aller Regel einen privilegierten Zugang zum formalpolitischen Raum. Die Herkunft ist daher (auch) für Frauen von entscheidender Bedeutung für eine potenzielle politische Karriere und ermöglicht ihnen jenseits der weitverbreiteten Diskriminierung ihres Geschlechts eine aktive politische Mitgestaltung.

Literatur

Derichs, Claudia/Kindelberger, Hala/Holike, Christine, 2011: Parlamentarierinnen in der islamischen Welt – untergeordnete Abgeordnete? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. 1, 65-81.

Derichs, Claudia/Thompson, Marc R. (Hg.), 2013: *Dynasties and Female Political Leaders in Asia. Gender, Power and Pedigree*. Zürich/Münster.

Fleschenberg, Andrea, 2012: *Afghanistan's Transition in the Making*. Berlin. Internet: http://www.boell.de/downloads/AfghanistanTransition_V01_kommentierbar.pdf (14.8.2013).

Fleschenberg, Andrea, 2011: South and Southeast Asia. In: Bauer, Gretchen/Tremblay, Manon (Hg.): *Women in Executive Power. A Global Overview*. London, 23-44.

Pitkin, Hanna F., 1967: *The Concept of Representation*. Berkeley and Los Angeles.

Rüland, Jürgen/Jürgenmeyer, Clemens/Nelson, Michael H./Ziegenhain, Patrick, 2005: *Parliaments and Political Change in Asia*. Singapur: Institute of Southeast Asian Studies.